

4
80

Union in Deutschland

Bonn, den 31. Januar 1980

Energiebedarf sichern

Die CDU fordert die Bundesregierung auf, im Rahmen der NATO, der Europäischen Gemeinschaft und des Weltwirtschaftsgipfels bei unseren Verbündeten und Partnern für eine abgestimmte Politik einzutreten. Auch wenn die Maßnahmen gegen die politischen Folgen der sowjetischen Aggression in Afghanistan Opfer kosten, hat die enge und unmißverständliche Partnerschaft und Freundschaft mit den USA Vorrang, weil nur so unsere Freiheit in Frieden und Sicherheit gewahrt werden kann.

Dies erklärte Helmut Kohl in seinem Lagebericht vor dem Bundesvorstand am 28. Januar 1980 in Bonn und fügte hinzu, daß der Einmarsch sowjetischer Truppen in Afghanistan das politische Klima in der Welt und auch in der Bundesrepublik Deutschland tiefgreifend verändert hat.

Der Bundesvorstand der CDU beschäftigte sich ebenfalls mit der energiepolitischen Situation, die durch steigende Ölpreise und die wachsende politische Instabilität in den Ölförderländern weiter verschärft wurde. Deshalb kann es sich unser Land nicht länger leisten, daß geplante Kraftwerksinvestitionen in Höhe von 35 Mrd. Mark durch politische Unentschlossenheit und gesetzgeberische Untätigkeit der SPD/FDP-Koalition blockiert werden.

(Weiter auf Seite 2)

INFORMATION

Inflationsrate höher als
5 Prozent?

Seite 3

BUNDESTAG

Union fordert eine Neuorientierung der Familienpolitik

Gesamtstrategie gegen Suchtprobleme notwendig

Steuerpolitik:

SPD/FDP-Koalition hat völlig
versagt

Seiten 5 bis 8

KOALITION

Die Falschmeldung des
Herrn Ehrenberg

Seite 9

CDU SAAR

Alle Voraussetzungen für einen
Wahlerfolg gegeben

Seite 11

CDU HESSEN

Alfred Dregger zum
siebtenmal als Vorsitzender
wiedergewählt

Seite 13

ZUR SACHE

Flugblattaktion Olympia-
Boykott

Seite 15

DOKUMENTATION

Aktion:

Jugend-Info '80

Grüner Teil

Der Bundesvorstand der CDU fordert die Bundesregierung auf, unverzüglich ein Sofortprogramm zum Abbau investitionshemmender Vorschriften vorzulegen und eine durchgreifende Verbesserung der steuerlichen Anreize für die Entwicklung und Einführung neuer Technologien zur Energieeinsparung herbeizuführen. Um die Kernenergie angemessen zur Deckung unseres Energiebedarfs heranziehen zu können, muß Bundeskanzler Schmidt endlich seine Rücksichtnahme auf die Gegner der Kernenergie in der SPD aufgeben und wieder das Interesse der Gesamtheit unserer Bürger zum Maßstab seines Handelns machen.

Leichtfertige Hoffnungen auf Entspannung seien ebenso wie der gefährliche Glaube an einen angeblich nur defensiven Charakter der militärischen Anstrengungen der Sowjetunion von der neuen Welle ihrer imperialen Politik zerschlagen worden. Der völkerrechtsverletzende und menschenverachtende Charakter der sowjetischen Machtpolitik wurde auch durch die jüngsten Maßnahmen gegen Sacharow und viele andere Intellektuelle und Kritiker des kommunistischen Regimes unter Beweis gestellt.

Die sowjetische Führung hat hiermit erneut ihre Verachtung für auch von ihr unterzeichnete internationale Vereinbarungen wie die Menschenrechtsdeklaration der UNO und die KSZE-Schlußakte zum Ausdruck gebracht.

Die CDU fordert die sowjetische Führung auf, die Beschränkungen für Sacharow und alle anderen Dissidenten aufzuheben und endlich entsprechend dem Geist und dem Buchstaben der KSZE-Schlußerklärung die unveräußerlichen Menschenrechte in ihrem Machtbereich zu verwirklichen.

Angesichts der gespannten Lage, in der die Bürger der Bundesrepublik Deutschland wie die Menschen überall in der Welt um den Frieden bangen, ist eine feste und gemeinschaftliche Haltung der westlichen Bündnispartner und die Solidarität mit den Vereinigten Staaten von elementarer Bedeutung. Es ist ein Erfordernis dieser Solidarität, der Glaubwürdigkeit unserer moralischen Position und der geschichtlichen Lehre, die die internationale Aufwertung des Hitler-Regimes durch die Olympiade 1936 erteilt hat, die Haltung des amerikanischen Präsidenten und des amerikanischen Nationalen Olympischen Komitees zu unterstützen.

Vorwahlkampf erfolgreich gestartet

CDU-Generalsekretär Dr. Heiner Geißler berichtete dem Bundesvorstand über die Vorbereitung der Bundestagswahl, deren Ausgangslage günstig ist. In der deutschen Bevölkerung wächst in den letzten Wochen und Monaten das Bewußtsein, daß die Bundesregierung sowohl innenpolitisch als auch außenpolitisch ihre Substanz, ihre Ideen und Programme verbraucht hat.

Nach zehn Jahren Bundesregierung aus SPD und FDP ist das Vertrauen der Bürger in die Leistungsfähigkeit unseres demokratischen Staates und insbesondere in die Glaubwürdigkeit der politischen Führung erschüttert.

Der Bundesvorstand der CDU begrüßt, daß in enger Zusammenarbeit mit der CSU alle organisatorischen und werblichen Vorarbeiten des Bundestagswahlkampfes abgeschlossen sind und der Vorwahlkampf durch eine Vielzahl von Aktionen erfolgreich gestartet worden ist.

(Fortsetzung Seite 3 unten)

■ INFORMATION

Inflationsrate höher als 5 Prozent?

Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff hat mitten in einer schwierigen tarifpolitischen Situation eine Tarifierhöhung von sieben Prozent angekündigt. Hierzu erklärt der Vorsitzende des Bundesfachausschusses Wirtschaftspolitik der CDU, Elmar Pieroth, MdB: Lambsdorff wird erläutern müssen, warum er zu einem so eigenartigen Zeitpunkt von der bisherigen Übung abweicht, sich nicht in Tarifverhandlungen einzumischen. Er muß klarstellen, warum er die Voraussage des Sachverständigenrates von sechs Prozent so deutlich übertrifft, obgleich der Sachverständigenrat von einer höheren Wachstumsrate ausgeht als der Entwurf des Jahreswirtschaftsberichtes. Vor allem aber wird er erläutern müssen, ob jetzt die Bundesregierung mit einer höheren Inflationsrate als fünf Prozent für 1980 rechnet, welchen Stellenwert die Stabilität für das Jahr 1980 noch einnimmt und wie die Last der Ölpreissteigerungen verteilt werden soll.

Gespräch mit dem Handwerk

Über aktuelle Fragen der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik sprachen am Montag, 28. Januar 1980, im Konrad-Adenauer-Haus in Bonn führende Re-

präsentanten der CDU mit dem Präsidium des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks. Von der CDU nahmen u. a. Generalsekretär Heiner Geißler, Gerhard Stoltenberg, Alfred Dregger und Heinrich Köppler an dem Gespräch teil. Die Lage des Handwerks, seine Wünsche und Forderungen an Staat und Politik legten u. a. Handwerkspräsident Paul Schnitker und ZDH-Generalsekretär Klaus-Joachim Kübler umfassend dar.

Im Mittelpunkt des Meinungsaustausches stand die wirtschafts- und konjunkturpolitische Lage. Die Sorgen des Handwerks über die sich abzeichnenden negativen Auswirkungen der Energieverknappung und -verteuerung auf die Konjunktur, die Notwendigkeit der Förderung alternativer Energiequellen wurden dabei ebenso angesprochen wie der Beitrag der handwerklichen Berufsbildung zur Lösung langfristiger Beschäftigungsprobleme, die Erfahrungen mit dem Berufsbildungsgesetz und der Einsatz des Handwerks für die Erhaltung und den Ausbau des dualen Systems der beruflichen Bildung in Betrieb und Schule.

Die Entwicklungen bei Steuern und Finanzen, in der Renten- und Familienpolitik, in der Medienpolitik sowie die ausufernde Bürokratisierung waren weitere Gesprächsthemen. Der Meinungsaustausch ergab eine weitgehende Übereinstimmung in allen wichtigen Fragen. Die Teilnehmer kamen überein, den Kontakt in absehbarer Zeit fortzusetzen.

Die anstehenden Landtagswahlen in Baden-Württemberg, im Saarland und in Nordrhein-Westfalen werden als politische Herausforderung und Aufgabe für die ganze CDU verstanden.

Die CDU-Mitglieder und -Anhänger wissen, daß die Union die besseren Argumente und die bessere Mannschaft besitzt. Deshalb gehen sie mit großem Engagement und Optimismus in die Wahlkampfauseinandersetzung 1980.

Weiterhin wurde eine ständige Gesprächsrunde auf Fachebene vereinbart.

Flugblattaktion zu Olympia '80

In einer bundesweiten Flugblattaktion „Olympia ist wichtig, aber wichtiger sind Frieden und Freiheit“ erläutert die CDU ihren Präsidiumsbeschluß, auf eine Teilnahme der Bundesrepublik an den Olympischen Spielen in Moskau zu verzichten, solange die Sowjetunion mit Waffengewalt das afghanische Volk unterdrückt und dadurch den Frieden der Welt bedroht. Das Flugblatt ist allen Kreisverbänden zur Verfügung gestellt worden und soll bei Canvassing- und anderen Informationsveranstaltungen eingesetzt werden (siehe auch S. 15).

JU startet Unterschriftenaktion

Die Junge Union Deutschlands wird in den nächsten Tagen eine bundesweite Unterschriftenaktion durchführen, um vor allem bei Jugendlichen für eine Verlegung der Olympischen Sommerspiele zu werben, falls die sowjetischen Aggressionstruppen nicht aus Afghanistan abziehen. Statt dessen sollte dann nach Auffassung der Jungen Union Deutschlands ein weltweites Sportfest des Friedens für die Sportler durchgeführt werden, die nicht nach Moskau fahren. Dies hat der Bundesvorstand der Jungen Union bei einer Sitzung am Wochenende in Bonn beschlossen.

CDU richtet Kandidatentelefon ein

Mit einem Kandidatentelefon sowie Arbeits- und Informationshilfen für die Planung und Gestaltung des persönlichen Wahlkampfes unterstützt die CDU-Bundesgeschäftsstelle ab sofort die für

den Bundestag nominierten Kandidaten der Partei. Direkt nach der Aufstellung erhält jeder Kandidat ein umfangreiches Service-Paket mit Unterlagen für eine exakte Terminplanung sowie u. a. Materialien für Erstkandidaten als Einführung in die Aufgaben des Wahlkampfes, Vorschläge zur Rede- und Textgestaltung und einen Maßnahmenkatalog der von der CDU-Bundesgeschäftsstelle geplanten Aktionen zur Bundestagswahl '80.

Ein besonderer Service ist ein in der CDU-Bundesgeschäftsstelle eingerichtetes Kandidatentelefon, das jederzeit erreichbar ist, um Anregungen und Fragen möglichst schnell bearbeiten zu können.

CDU — DGB Sachdialog

Zur Fortführung ihrer Expertengespräche trafen am 24. Januar 1980 die leitenden Mitarbeiter der CDU-Bundesgeschäftsstelle mit den Vorstandssekretären und Abteilungsleitern beim DGB-Bundesvorstand in Düsseldorf zusammen.

Im Mittelpunkt des Gespräches der beiden Delegationen standen die wirtschafts- und sozialpolitischen Aussagen des Entwurfes des DGB-Grundsatzprogramms, nachdem die Präambel des Entwurfes schon in einem gemeinsamen Gespräch am 8. November 1979 erörtert worden war.

Bei der Gegenüberstellung des Entwurfes des DGB-Grundsatzprogramms mit dem CDU-Grundsatzprogramm zeigten sich eine Reihe übereinstimmender Forderungen, insbesondere im Bereich der Sozialpolitik, aber auch gegensätzliche Auffassungen, zum Beispiel im Bereich des wirtschaftspolitischen Instrumentariums. Die Gesprächsteilnehmer vereinbarten die Fortsetzung des Sachdialogs.

■ BUNDESTAG

Union fordert eine Neuorientierung der Familienpolitik

Der 3. Familienbericht, der im August 1979 veröffentlicht und in der vergangenen Woche im Plenum des Deutschen Bundestages beraten wurde, beweist die schwierige Lage der Familien in unserer Zeit und den geringen Stellenwert der Familienpolitik in der Bundesrepublik. Dies ist nicht zuletzt auch das Ergebnis einer verfehlten, familienfeindlichen Politik der Bundesregierung und der sie tragenden Koalitionsparteien, erklärte MdB Helga Wex in der Debatte im Deutschen Bundestag.

Die Sachverständigen haben mit ihrer Analyse schwerwiegende gesellschaftspolitische Fehlentwicklungen der letzten Jahrzehnte aufgedeckt. Dies bietet die Chance, daß der 3. Familienbericht zu einer wesentlichen Neubelebung der familienpolitischen Diskussion beitragen kann. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion erwartet von den Koalitionsparteien und der Bundesregierung, daß sie angesichts der steigenden Unsicherheit in den Familien von ihrem auch in dem Bericht dokumentierten falschen gesellschaftspolitischen Weg der Fraktionierung der Familie in Kinder, Mutter, Vater abläßt, den angeblichen Funktionsverlust der Familie nicht mehr als Alibi mißbraucht und damit die Verlagerung von Familienaufgaben auf andere gesellschaftliche Institutionen begründet.

Vielmehr ist es unsere Aufgabe, den Familien für die Lösung der bestehenden Schwierigkeiten Hilfen anzubieten, sowohl ideelle als auch materielle Hilfen. Die viel beschworenen Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit müssen auch vornehmlich ihre Anwendung für Ehe und Familie finden. Es geht nicht nur darum, neue sozialpolitische Maßnahmen zu fordern, nicht nur darum, Ungerechtigkeiten und unzumutbare Belastungen der Familien zu beseitigen, es geht auch darum, das Maß staatlicher Vormundschaft über die Familie soweit wie möglich zurückzudrängen, den freien Spielraum zu erhalten und die Eigenverantwortlichkeit zu fördern.

Unsere Politik zielt darauf ab, Mängel, Fehler und Funktionsstörungen in den Familien zu beheben. In der Familie erfährt der heranwachsende Mensch seine entscheidenden Grunderfahrungen, indem er auch in die Schwierigkeiten unseres komplizierten Lebens eingeübt wird, und daraus resultiert, daß, wenn die Familie diese Funktionen nicht mehr erfüllen kann, dann die Gesellschaft insgesamt schwächer und instabiler wird. Nach unserer Auffassung ist die Familie der Ort der Gesellschaft, an dem heilende Kräfte hervorgebracht werden können. Um dies zu erreichen, müssen wir die Familie stärken.

Die CDU/CSU brachte deshalb einen Gesetzentwurf über die Einführung eines Familiengeldes ein. Er sieht vor,

daß ein Elternteil, der während der ersten sechs Lebensmonate seines Kindes für dessen Pflege und Erziehung sorgt und in dieser Zeit weder einer Erwerbstätigkeit nachgeht noch einen Anspruch auf Mutterschaftsgeld nach den Bestimmungen des Mutterschutzgesetzes hat, Familiengeld in Höhe von 500 DM monatlich erhält.

Damit sollen Elternteile, die im Interesse der Pflege und Erziehung eines Kleinstkindes auf eine Erwerbstätigkeit verzichten, eine Gesamtleistung von 3 000 DM erhalten, wie sie seit dem 1. Juli 1979 Arbeitnehmerinnen aufgrund des Mutterschaftsurlaubs zusteht. Der auf sechs Monate nach der Entbindung ausgedehnte Mutterschaftsurlaub und die Zahlung eines staatlichen Mutterschaftsgeldes sind zwar angetan, die Doppelbelastung der erwerbstätigen Mutter in den ersten Monaten nach der Geburt zu beseitigen, familienpolitisch

ist die Regelung jedoch ein Schritt in die falsche Richtung, stellte MdB Ursula Männle in der Debatte fest.

Mit der einseitigen, nur auf die erwerbstätige Mutter abgestellten Regelung des Mutterschaftsurlaubsgeldes sind zweierlei Mütter geschaffen worden, nämlich die, die für die Erziehung ihres Kindes vom Staat Geld bekommen, weil sie vorher berufstätig waren, und die, die leer ausgehen, weil sie entweder selbständig waren oder auf eine Erwerbstätigkeit im Interesse ihres Kindes von vornherein verzichten bzw. diese für sie persönlich nicht vereinbar halten.

Darin sehen wir die Benachteiligung der Mütter, die wegen der Erziehung ihrer Kinder bisher auf eine Berufstätigkeit verzichteten. Diese Schlechterstellung will die CDU/CSU mit dem vorliegenden Gesetzentwurf wenigstens teilweise beseitigen.

Gesamtstrategie gegen Suchtprobleme notwendig

Rauschmittelhandel, Rauschmittelkonsum, Rauschmittelsucht und Rauschmittelkriminalität haben in der Bundesrepublik Deutschland eine seit Jahren ansteigende erschreckende Entwicklung genommen. Hunderttausende konsumieren Haschisch und Marihuana, etwa 60 000 sind heute heroinabhängig.

Ihre Zahl wächst jährlich um etwa 10 000. Ihre Rehabilitationschancen liegen unter 5 Prozent. 10 000 bis 12 000 kg Heroin im Wert von etwa 1,6 Milliarden DM werden jährlich verbraucht. Nur knapp 1 Prozent davon stellt die Polizei sicher. Gab es bis 1970 29 Tote durch Heroin, so waren es 1978 schon 430 und 593 im Jahre 1979.

Die menschlichen Schicksale hinter

diesen Zahlen erfordern den Einsatz aller Möglichkeiten des Staates, unserer Mitbürger und der verschiedenen Organisationen und gesellschaftlichen Gruppen, stellte MdB Carl-Dieter Spranger im Deutschen Bundestag fest. Ein Millionenheer von süchtigen Gefährdeten verlangt nach unserer Hilfe. Der Verantwortung gegenüber diesen Menschen dürfen wir uns nicht entziehen.

Weder dürfen wir die Süchtigen auf sich, ihre eigene Verantwortung und Schuld für ihren Zustand verweisen, noch genügt das vermeintlich liberale, die Selbstbestimmung des Menschen betonende Argument, jeder habe wie beim Selbstmord das Recht, sich nach

eigenem Willen und Methoden zugrunde zu richten. Eine umfassende Gesamtstrategie gegen das Suchtproblem ist erforderlich.

In drei Bereichen muß sie einsetzen:

1. Vorbeugung und Vorsorge

Darunter verstehen wir alle Maßnahmen, die darauf abzielen, den Menschen schon vor dem ersten Griff zum Suchtmittel zu bewahren.

2. Erreichbarkeit der Suchtmittel

Dabei müssen wir die Probleme sowohl von der Angebots- als auch von der Nachfrageseite her in den Griff bekommen.

3. Therapie und Rehabilitation

Dabei muß es ein Miteinander und Nebeneinander in diesem Bereich geben und nicht ein bevorzugtes Hantieren in einem Bereich unter Hin- und Herschiebung der Verantwortung.

Die CDU/CSU-Fraktion hat seit Jahren durch Anfragen und Anträge im Deutschen Bundestag auf Maßnahmen gedrängt, genauso lange hat die Bundesregierung die Probleme vor sich hergeschoben. Mit einem Gesetzesantrag zur Änderung des Betäubungsmittelgesetzes ebenso wie mit einem Entschließungsantrag, der eine Reihe von Maßnahmen gegen die Rauschmittelsucht vorlegt, ist die CDU/CSU-Fraktion auch vor der Bundesregierung und den Koalitionsparteien parlamentarisch tätig geworden. Zur Vorbeugung und Vorsorge werden wichtige Maßnahmen im

Rahmen der Ursachenforschung, der Familien- und Jugendpolitik, der Aufklärung, der Modellversuche, des Erfahrungsaustausches und der Behandlungsketten und der Therapie gefordert.

Vor allem aber muß auch das Angebot an Rauschgift eingedämmt werden. Hierbei muß die personelle Ausstattung der Polizei, insbesondere im Bundeskriminalamt verstärkt, ihre Ausstattung verbessert und die Zusammenarbeit mit anderen Dienststellen national und international intensiviert werden. Die bessere Abschilderung von Untersuchungshaft- und Vollzugsanstalten, Ausschöpfung ausländerrechtlicher Möglichkeiten gegenüber Personen, die in Rauschgiftdelikte verwickelt sind, und Schwerpunkteinsätze gegen Schmuggler und Händler werden national die Situation verbessern helfen.

Allerdings darf die internationale wirtschaftliche und außenpolitische Dimension des Rauschgifthandels nicht aus den Augen verloren werden. Dort muß in weitaus stärkerem Maße als bisher alles getan werden, um den Zustrom der Rauschgifte in die Bundesrepublik Deutschland vor den Grenzen abzuwehren.

Die Bundesregierung hat es jahrelang versäumt, ein abgestimmtes und effektives Konzept vorzulegen. Seine Erarbeitung ist höchst dringlich geworden. Die CDU/CSU hat dazu umfassende Vorschläge unterbreitet. Sie sollten von der Bundesregierung umgehend aufgenommen werden.

Steuerpolitik: SPD/FDP-Koalition hat völlig versagt

Bei der 1. Lesung des Entwurfs für ein Steuerentlastungsgesetz 1980 erklärte der stellvertretende Obmann der CDU/

CSU im Finanzausschuß des Bundestages, Wolfgang Schäuble, u. a.: Die Bundesregierung hat einen ent-

scheidenden finanzpolitischen Fehler begangen, in dem sie zum 1. Januar 1980 eine Steuerentlastung verweigert hat. Es geht dabei nicht eigentlich um Steuersenkungen, sondern um das Verhindern von Steuererhöhungen. Die sich aus dem Zusammenwirken von Inflation und Steuerprogression ergebenden heimlichen Steuererhöhungen werden für 1980 auf gut 10 Mrd. DM geschätzt. Besonders die von den Arbeitnehmern zu tragende Lohnsteuer steigt sprunghaft. Die laufenden Tarifverhandlungen werden durch die Tatsache belastet, daß die Arbeitnehmer von Lohnsteigerungen rund 50 % für zusätzliche Steuern und Sozialabgaben aufwenden müssen. Gerade weil maßvolle Tarifabschlüsse in der aktuellen wirtschaftlichen Situation so dringend geboten sind, hätten die steuerpolitischen Rahmenbedingungen verbessert werden müssen.

Die CDU/CSU tritt dafür ein, den notwendigen Schuldenabbau in den öffentlichen Haushalten und die Bekämpfung heimlicher Steuererhöhungen als gleichrangige Ziele der Finanzpolitik kontinuierlich und abgestimmt zu verfolgen. Der Zickzackkurs der Regierung kann, wie die Erfahrungen der 70er Jahre zeigen, Vollbeschäftigung und Stabilität nicht sichern.

Die notwendige Korrektur des Lohn- und Einkommensteuertarifs muß zu einem Abbau der Steuerprogression für Arbeitnehmer und Selbständige mit mittlerem Einkommen führen.

Unser Ziel, das wir in Stufen verwirklichen wollen, ist ein leistungsgerechter, anpassungsfähiger Steuertarif mit durchgehendem Progressionsverlauf. Auch wenn die Bundesregierung die Tarifreform zum 1. Januar 1980 verhindern will, bleiben Sofortmaßnahmen —

wie etwa die Anhebung des Weihnachtsfreibetrages oder die Ausdehnung des Tariffreibetrags — noch möglich. Die CDU/CSU nimmt die Beratung des Steuerentlastungsgesetzes 1980 zum Anlaß, derartige Sofortmaßnahmen im Finanzausschuß zu beantragen.

★

Die Bundestagsfraktion hat einen Gesetzentwurf zur Änderung des Einkommensteuergesetzes und des Bewertungsgesetzes im Bundestag eingebracht, der unter anderem zum Ziel hat, zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der künstlerischen Berufe beizutragen. Der Gesetzentwurf zielt darauf ab, die Nachfrage nach zeitgenössischer Kunst zu erhöhen und somit über die Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Künstler zur Förderung von Kunst und Kultur beizutragen. Der Entwurf sieht vor, den im Einkommensteuergesetz vorgesehenen Abzugssatz für Spenden zur Förderung kultureller Zwecke von derzeit fünf auf zehn Prozent zu erhöhen sowie zeitgenössische Kunstwerke ohne Rücksicht auf ihren Wert von der Vermögensteuer zu befreien. Dies entspricht einer alten Forderung der Künstler an Bundesregierung und Bundestag.

Die Bundestagsfraktion hat sich seit Monaten vergeblich bemüht, diese Gesetzesinitiative auf interfraktioneller Ebene zustande zu bringen. Die entsprechenden Bemühungen bei den Ministerien bzw. bei den Fraktionen von SPD und FDP blieben leider ohne Ergebnis. Um die Möglichkeit zu wahren, die steuerlichen Regelungen noch im 8. Deutschen Bundestag verabschieden zu können, hat die CDU/CSU-Fraktion nunmehr beschlossen, einen eigenen Gesetzentwurf einzubringen.

■ KOALITION

Die Falschmeldung des Herrn Ehrenberg

„Die Politik der Rentner-Täuschung wird fortgesetzt“, stellte Heinz Franke, Vorsitzender des Arbeitskreises „Sozial- und Gesellschaftspolitik“ der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, fest und gibt dazu folgende Erläuterungen: Angesichts der unwiderlegbaren Tatsache, daß die Geldentwertungsrates im Jahre 1979 über 5 Prozent lag, die Rentenanpassung aber aufgrund der einschneidenden Maßnahmen des 21. Rentenanpassungsgesetzes nur 4,5 Prozent betrug, ist die Behauptung des Bundesarbeitsministers Ehrenberg, „die Renten haben ... weiterhin am wirtschaftlichen Wachstum teilgenommen“, ohne Mühe als „Falschmeldung“ zu identifizieren.

Mit noch so waghalsigen statistischen Tricks, zum Beispiel durch Ausklammerung der Ölpreiserhöhung, kann Ehrenberg den Rentnern nicht weismachen, sie hätten im Jahre 1979 am Produktivitätswachstum teilgenommen. Im Gegenteil, die willkürliche Festsetzung des Rentenanpassungsgesetzes durch SPD und FDP hat nicht einmal den Geldwertverlust ausgeglichen. Die Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes, gegen den Widerstand der CDU/CSU, hat wesentlichen Anteil an der Geldentwertungsrates. Im Jahre 1980 ist sogar zu befürchten, daß der reale Kaufkraftverlust der Rentner noch ansteigen wird. Von einer Teilhabe der Rentner am wirtschaftlichen Wachstum kann überhaupt keine Rede sein.

Durch Mißinterpretationen der Aussage von Franz Josef Strauß, „die Staatsquote müsse langfristig gesenkt werden“,

will der Arbeitsminister der CDU/CSU die „Schelle der sozialen Demontage“ umhängen. Die Einbußen an Kaufkraft der Rentner infolge des 20. und 21. Rentenanpassungsgesetzes, die von SPD und FDP verursacht wurden, zeigen deutlich, und zwar nicht nur den Bestandsrentnern, sondern auch den Zugangsrentnern, wer „soziale Demontage“ betrieben hat und betreibt. Die Politik der „Täuschung von Rentnern und Versicherten“ soll offensichtlich fortgesetzt werden.

Jusos wollen ihre Schülerarbeit verstärken

Die Jungsozialisten in der SPD wollen ihre Arbeit an den Schulen verstärken. Das beschloß, dem Parlamentarisch-Politischen Pressedienst der SPD zufolge, der Juso-Bundesausschuß. Hauptwahlkampfthema der Juso-Schülergruppen soll die Forderung nach der integrierten Gesamtschule sein. Zu diesem Zweck sollen in den Tausenden von Juso-Arbeitsgemeinschaften Schülerbeauftragte gewählt werden, die den Aufbau von Juso-Schülergruppen und eine kontinuierliche Öffentlichkeitsarbeit der Jungsozialisten in und vor den Schulen organisieren sollen.

Leere Versprechungen der SPD zum Verbraucherschutz

Die SPD lehnt Verbraucherschutz durch Wettbewerb ab. Dazu erklärte der Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Eduard Ackermann: Die bisherige konsequente Verbraucherpolitik der CDU/CSU wurde durch die Koalitionsfraktionen im Rechtsausschuß am 23. Januar 1980 gestoppt, obwohl die Bundesregierung weitgehend mit den Vorstellungen der CDU/CSU übereinstimmt. Der Gesetzentwurf der CDU/CSU wurde durch

einen Geschäftsordnungsantrag von der Tagesordnung gestrichen. Dadurch wird die Verabschiedung dieses Gesetzentwurfs noch in dieser Legislaturperiode so gut wie ausgeschlossen. Verbraucher, die durch unlauteren Wettbewerb geschädigt worden sind, werden dadurch auch künftig keinen Schadenersatz erhalten können. Dies hat allein die Koalition zu verantworten. Damit werden die großen Erklärungen der SPD zum Verbraucherschutz als leere Versprechungen entlarvt.

Kernkraft: Bonn verschont DDR mit peinlichen Fragen

„Der Bundesregierung liegen über Sicherheitsbestimmungen beim Bau von Kernkraftwerken in der DDR keine offiziellen Informationen vor. Direkte Kontakte mit den für die Sicherheit verantwortlichen Behörden in der DDR — vergleichbar zu unserer bestehenden Zusammenarbeit mit unseren westlichen Nachbarstaaten — kamen bislang nicht zustande.“ Diesen empörenden Sachverhalt hat die Bundesregierung auf eine parlamentarische Anfrage des Unionsabgeordneten Ottfried Hennig, Mitglied des Bundestagsausschusses für innerdeutsche Beziehungen, zugegeben. Der Staatssekretär läßt es in seiner Antwort sogar offen, ob die Bundesregierung sich überhaupt um solche Informationen in Kontakten mit der DDR-Regierung bemüht hat.

Die FDP wird Farbe bekennen müssen

Zu den von der FDP vorgelegten Thesen „Weiterentwicklung des Betriebsverfassungsrechtes“ erklärt der Vorsitzende des Bundesfachausschusses Sozialpolitik der CDU, Adolf Müller (Remscheid), MdB: Wenn man sich die FDP-

Thesen zur Weiterentwicklung des Betriebsverfassungsrechtes ansieht, stellt man fest, daß sie weitgehend mit dem übereinstimmen, was die CDU/CSU bereits 1971 in ihrem Gesetzentwurf zur Neuregelung der Betriebsverfassung vorgeschlagen hat (Bundestagsdrucksache VI/1806). Die FDP hätte bereits damals Gelegenheit gehabt, mit uns die meisten der vorgeschlagenen Regelungen durchzusetzen. Die Tatsache, daß sie es nicht getan hat, entlarvt ihre heutigen Vorschläge als reine Propagandaanträge vor den Wahlen. Wir werden in der Frage „Betriebsverfassungsgesetz“ die Probe aufs Exempel machen und die FDP hier zu einem Offenbarungseid zwingen.

SPD-Frauen über Parteiführung verärgert

Scharfe Kritik übte die SPD-„Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen“ an der eigenen Parteiführung. Seit Wochen streitet sich die ASF mit dem Parteivorstand über die Frage, wieviel SPD-Frauen als Delegierte an der von der ASF geplanten Tagung über das Thema „Soziale Sicherheit“ vom 1. bis zum 3. Februar in Osnabrück teilnehmen dürfen. Nachdem das amtierende Parteipräsidium (ein neuer Vorstand hat sich nach dem Berliner Parteitag noch nicht konstituiert) erneut an dem Vorstandsbeschluß vom 2. Dezember 1979 festhielt, lediglich 200 Teilnehmerinnen zu billigen, sagte die ASF anschließend unter heftigen Vorwürfen den Bundeskongreß ab. Die Arbeitsgemeinschaft hatte 250 Delegierte gefordert. Sie warf der Parteiführung vor, die Delegiertenzahl willkürlich wegen angeblicher Finanzierungsschwierigkeiten reduziert zu haben. Eine ordnungsgemäße Durchführung des Kongresses sei nun nicht mehr möglich.

■ CDU SAAR

Alle Voraussetzungen für einen Wahlerfolg gegeben

Mit großem Beifall bestätigten die 630 Delegierten des 29. Landesparteitages der CDU Saar den Optimismus, mit dem der Landesvorsitzende und Ministerpräsident Werner Zeyer der Landtagswahl am 27. April 1980 entgegensieht, und bekräftigen ihre Entschlossenheit, mit aller Energie für einen Wahlerfolg zu kämpfen.

Werner Zeyer stellt fest: Unsere Ausgangslage ist gut. Wir haben gute Leute. Wir haben ein gutes Programm. Wir haben einen guten Partner.

Die CDU Saar hat es sich nicht leicht gemacht. Am 10. Dezember 1979 ist das Wahlprogramm zur Landtagswahl in der von Landesvorstand und Landesauschuß beschlossenen Form verschickt und zur Diskussion gestellt worden. Das Ergebnis waren 176 Anträge und zahlreiche Anregungen der Vereinigungen und Landesfachausschüsse, von Stadt-, Gemeinde- und Ortsverbänden: von einer breiteren Basis also, als die Satzung der CDU für das Stellen von Anträgen vorsieht. Viermal hat die Antragskommission beraten, am Vorabend des Parteitags noch einmal mit den Antragstellern, um ein zügiges Verfahren abzustimmen. Die Mühe hat sich gelohnt.

Abschnitt für Abschnitt ging der Parteitag die Anträge durch — ein eindrucksvolles Beispiel für innerparteiliche De-

mokratie — und sprach sich einstimmig für ein Wahlprogramm aus, das nicht nur ausgewogener und in den Schwerpunkten schärfer konturiert ist als sein Entwurf, sondern durch seine wesentlichen Änderungen den Willen der saarländischen CDU zum Ausdruck bringt, die Stellung der Arbeitnehmer, der Frauen und der jungen Menschen zu stärken.

Wie es im Grundsatzprogramm von Ludwigshafen steht, sind auch für die CDU Saar „die Freiheit des einzelnen, die Gerechtigkeit gegenüber allen, die Solidarität mit den Schwachen und Benachteiligten oberste Grundsätze“ einer von christlicher Überzeugung getragenen Politik.

Und wie in der jetzt zu Ende gehenden Legislaturperiode, über deren Arbeit der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Berthold Budell, berichtete, soll es auch das Ziel der Politik einer erneut in der Regierungsverantwortung bestätigten CDU sein:

— dem Menschen, insbesondere im Verhältnis zwischen Bürger und Staat, einen höheren Rang einzuräumen,

— nach Möglichkeit jedem zu einem seiner Fähigkeit und seiner Eignung gemäßen Arbeitsplatz zu verhelfen,

— die natürliche Umwelt als Grundvoraussetzung menschlicher Zukunft zu erhalten,

— durch geistige und fachliche Bil-

dung zur Selbstentfaltung des einzelnen beizutragen,

— die Stellung der Familie als tragende Lebenseinheit des Staates zu stärken,

— der Jugend Vertrauen und Mut für die Zukunft zu geben,

— den älteren Mitbürgern einen geachteten und wichtigen Platz in unserer Gemeinschaft zu sichern und

— die Hilfsbedürftigen zu schützen.

Ministerpräsident Werner Zeyer kann auf die Leistungen seines Amtsvorgängers, Franz Josef Röder, und seine eigenen Leistungen stolz sein: Mit marktwirtschaftlichen Mitteln sind die für das Saarland so wichtigen Arbeitsplätze in der Eisen- und Stahlindustrie gesichert worden. Sein besonderer Dank gilt „unseren fleißigen Bergleuten“, die das Saarland an die Spitze der deutschen Kohleförderländer gebracht haben. Vor allem aber zählen in der Bilanz die 40 000 neuen Arbeitsplätze in neu angesiedelten Betrieben des Nicht-Montan-Bereichs. Entsprechend ist das Saarland mit seinem Wirtschaftswachstum vom 11. Platz in den 60er Jahren auf den zweiten Platz in den 70er Jahren gerückt und liegt heute um 0,4 Prozent über dem Bundesdurchschnitt.

Werner Zeyer: „Die CDU Saar wird diese bewährte Politik nach der Landtagswahl in Zusammenarbeit mit der FDP fortsetzen.“

Saar-SPD auf scharfem Linkskurs

Die CDU Saar stellt für diese Aufgaben Kandidaten aus allen Bevölkerungsschichten. Die saarländische SPD dagegen befindet sich auf scharfem Linkskurs und auf einem gefährlichen Weg in

lebenswichtigen Fragen: Gegen die Nachrüstung der NATO, die eine Antwort auf die sowjetische Über-Rüstung sein muß; gegen die friedliche Nutzung der Atomenergie, die uns — unter Beachtung des Grundsatzes „Sicherheit vor Wirtschaftlichkeit“ — von der Abhängigkeit vom Öl befreien soll.

Werner Zeyer unter großem Beifall der Delegierten des Parteitags: „Die SPD hat keinen Anspruch auf die Führungsrolle in diesem Land.“

Der Bericht, den Minister Rainer Wicklmayr über die Vorbereitungen des Wahlkampfes gibt, zeigt: Alle Voraussetzungen für den Wahlerfolg bei einer Landtagswahl, die zu den wichtigsten im Vorfeld der Bundestagswahl im Herbst 1980 gehört, wie es Helmut Kohl in einem Grußtelegramm ausdrückt, sind gegeben.

Das Jahr 1980 muß die Wende bringen

Unter dieser Devise stand die Rede des Kanzlerkandidaten der CDU/CSU Franz Josef Strauß im Rahmen einer öffentlichen Kundgebung, zu der sich der Parteitag am Abend des 26. Januar erweiterte. Weit über sechstausend Zuhörer füllten die Saarlandhalle in Saarbrücken und spendeten dem bayerischen Ministerpräsidenten begeistert Beifall, als er mit den Worten schloß: Ein kleines Bundesland steht vor einer wichtigen Wahl. Die Entscheidung wird für die ganze Bundesrepublik Deutschland von großer Bedeutung sein. In dieser Situation ist mehr denn je Einigkeit und Geschlossenheit nötig. Wir werden es schaffen, sicher durch die 80er Jahre zu kommen. Um es mit einem alten Bergmannsspruch zu sagen: Dazu ein herzliches Glückauf!

■ LV HESSEN

Alfred Dregger zum 7. Mal als Vorsitzender wiedergewählt

Für die hessische Union war die Stadt Gießen, in der sie am 7. Oktober des vergangenen Jahres bei einer kommunalen Nachwahl mit 51,2 Prozent erstmalig die absolute Mehrheit gewann, genau der richtige Ort, um den 50. Landesparteitag abzuhalten. Um es vorweg zu sagen: Die Hessen-Union bot ein glanzvolles Bild der Geschlossenheit.

Zum siebten Male hintereinander wurde Alfred Dregger zum Vorsitzenden gewählt. Mit 392 Stimmen von 405 abgegebenen demonstrierten die Delegierten, daß sie weiterhin mit Alfred Dregger um die Wende in der deutschen Politik kämpfen wollen. Frankfurt's umjubelter Oberbürgermeister Walter Wallmann, der in Gießen als Tagungspräsident fungierte, stellte dann auch zu Recht unter dem großen Beifall des Parteitages fest: „Diese Dregger-Wahl ist nicht nur ein großartiges Ergebnis, sondern ein erneuter Beweis wie geschlossen die Hessen-Union hinter ihrem Vorsitzenden steht!“

Von den fünf gleichberechtigten Stellvertretern erzielte Walter Wallmann mit 387 Ja-Stimmen (402 Stimmen wurden abgegeben) das beste Ergebnis, auf den Fraktionsvorsitzenden Gottfried Milde entfielen 370 Stimmen, auf MdB Otto Zink 357, auf MdB Schwarz-Schilling 355 und auf die anstelle von Hanna

Walz kandidierende Erna M. Geier 352 Stimmen.

Mit großer Mehrheit wurde Casimir Prinz Wittgenstein in seinem Amt als Schatzmeister bestätigt. Auch die bisherigen Präsidialmitglieder R. Westernacher und MdB Riesenhuber wurden für zwei weitere Jahre in ihren Ämtern bestätigt.

Alfred Dregger gab sich in seiner kämpferischen Rede so aktiv und optimistisch wie immer, gab aber den Parteifreunden auch zu bedenken, daß im Herbst eine neue Generation an die Wahlurne trete, für die Adenauer und Erhard so tot seien wie Bismarck und Stresemann. Die Union dürfe daher nicht auf Erinnerung an die Nachkriegserfolge vertrauen. Auch sei es falsch, für den Wahlkampf ein Bild „schwarz in schwarz“ zu malen. Notwendig sei vielmehr ein neuer Stil. „Wir müssen ein Fenster aufstoßen, damit alles entweichen kann, was wirklich oder vermeintlich miefig ist“, sagte Dregger.

Den jungen Nachwuchspolitikern riet er: „Seid jung! Werft den Aktenkoffer weg! Denkt nicht nur an die Karriere, löst euch vom politischen Gerangel, nehmt die Fragen auf, die eure Altersgenossen stellen und beantwortet sie frisch, auch wenn ihr mal danebenhaut!“

So unorthodox wie die Partei wünschte sich Alfred Dregger auch den Kanzlerkandidaten. Es gelte, „Franz Josef

Strauß so untypisch, so neuen Fragestellungen aufgeschlossen und so verantwortungsbewußt und entscheidungsfreudig zu zeigen, wie er wirklich ist“, erklärte Dregger, nicht notwendig sei dagegen, daß Franz Josef Strauß allen hundertprozentig sympathisch und gefällig erscheine.

Der Kanzlerkandidat war der Hauptredner des Parteitages. Walter Wallmann begrüßte ihn mit den Worten: „Sie sind zu alten Freunden gekommen!“ Die Delegierten bereiteten Franz Josef Strauß einen triumphalen Empfang und feierten ihn minutenlang. Strauß revanchierte sich mit der Bemerkung: „Da könnte sich sogar die CSU ein Beispiel dran nehmen“ und hielt eine fast zweistündige Rede, in der er nicht nur die Position der Union klar umriß, sondern auch die Perspektiven unserer Zukunft deutlich machte. Zur gegenwärtigen Lage erklärte Strauß, eine von ihm geführte Bundesregierung würde vor allen Dingen auf dreierlei achten:

Entspannung dürfe nicht zu einer psychologischen Selbstneutralisierung führen;

sie dürfe keinen Abbau des eigenen Verteidigungswillens einleiten und

drittens nicht übersehen, daß Entspannung geographisch unteilbar sei.

Zur hessischen Landespolitik legte Fraktionsvorsitzender Milde eine Dokumentation vor, in der die überzeugende Sacharbeit der Landtagsfraktion präzise dargestellt wurde. Nach der Landtagswahl im Oktober 1978, aus der die Union erneut als stärkste Fraktion hervorging, wurde die Sacharbeit unverzüglich aufgenommen. Nach einem Jahr intensiver Arbeit wurde schon ein beachtlicher Teil des CDU-Wahlprogramms in parlamentarische Initiativen umgesetzt.

Das Aufgreifen drängender Probleme — Schwerpunkte der politischen Auseinandersetzung sind Schul- und Energiepolitik — brachte die Regierung Börner und die sie tragende Koalition von SPD und FDP in große Bedrängnis. Dabei stellte sich heraus, daß Hessens Bürger in immer stärker werdendem Maße bürokratisch verwaltet werden. Börners Entscheidungsschwäche wird inzwischen nicht nur von der Union kritisiert, sondern auch von zahlreichen Verbänden, darunter auch der Landesverband Hessen des DGB.

Die FDP stellt sich nach einem Jahr parlamentarischer Arbeit weiterhin ohne Kontraste zur SPD dar. Sie zeigt auch keinerlei Bereitschaft, liberale Positionen in einzelnen Sachfragen mit der CDU zu teilen.

Auf die Androhung der Hessischen Landesregierung, die Zwangsförderstufe für alle Schüler zu verordnen, kündigte Alfred Dregger eine knallharte Antwort an. Die CDU werde kein legales Mittel scheuen, um diese gegen den Elternwillen und auf dem Rücken der Schüler durchgeführte Politik von SPD und FDP scheitern zu lassen.

In der Frage der Zukunftssicherung durch Kernenergie sind die beiden Blockparteien und auch das Kabinett Börner tief gespalten. Die Union hat demgegenüber ein klares Bekenntnis zur friedlichen Nutzung sicherer Kernenergie abgelegt.

Die Parteiarbeit — so Landesgeschäftsführer Kanther — habe 1978 ganz im Zeichen der Landtagswahl gestanden. 1979 galt vor allen Dingen der engen Verbindung von Landes- und Kommunalpolitik. Vereinigungen und Arbeitsgruppen haben dabei gute und fleißige Arbeit geleistet. Für die Hessen-Union gelte im übrigen nach wie vor der Grundsatz: „Laßt Taten sprechen!“

Zur Sache:

Olympia ist wichtig, aber wichtiger sind Frieden und Freiheit

Die olympische Idee

Wir alle freuen uns auf die olympischen Wettkämpfe. Olympische Spiele sind aber mehr als „nur“ ein sportliches Ereignis. Leitgedanke der olympischen Idee sind Völkerverständigung und Freundschaft zwischen Menschen unterschiedlicher Rassen, Religionen und Nationen.

Olympiade verdient Förderung durch die Politik

Das Ziel der Völkerverständigung ist fester Bestandteil der CDU-Politik. Deshalb haben wir immer wieder Initiativen ergriffen, deutschen Sportlern die Vorbereitung auf die Olympischen Spiele zu erleichtern und ihnen dadurch eine Teilnahme zu ermöglichen.

Die CDU hofft, daß auch in diesem Jahr Olympische Spiele stattfinden können, sei es in Moskau, sei es in einer anderen Stadt.

Nicht nach Moskau, wenn sowjetische Aggression anhält

Bereits im Altertum galt: Während der Olympischen Spiele ruhen die Waffen. Deshalb widersprechen Olympische Spiele in Moskau dem Geist der Olympischen Idee:

- solange die Sowjetunion mit Waffengewalt das afghanische Volk unterdrückt,
- solange die Sowjetunion dadurch den Frieden der Welt bedroht.

Es ist ein unerträglicher Gedanke: während im Olympiastadion in Moskau die Jugend der Welt um Medaillen kämpft, kämpft die afghanische Jugend gegen die sowjetischen Besatzer um ihr Leben.

Darum unterstützt die CDU die Haltung des amerikanischen Präsidenten. Darum bittet sie die zuständigen Gremien des deutschen Sports, auf die Teilnahme an der Olympiade in Moskau zu verzichten, wenn die Sowjetunion ihre Truppen aus Afghanistan nicht zurückzieht.

Unser Opfer für Frieden und Freiheit

Die Sowjetunion fordert mit der Besetzung Afghanistans die Völker der freien Welt heraus. Die freien Völker müssen antworten. Nachdem die Sowjetunion die Aufforderung der Vereinten Nationen, die Truppen zurückzuziehen, mißachtet hat, sind andere Maßnahmen notwendig. Präsident Carter hat Vorschläge unterbreitet; so wirtschaftliche Sanktionen, so einen Verzicht auf die Olympischen Spiele. Die Bundesrepublik Deutschland darf den amerikanischen Präsidenten nicht im Stich lassen.

Reiner Klimke, Olympiasieger im Dressurreiten, hat es auf die richtige Formel gebracht: „Es geht hier um die Solidarität mit Freunden.“

Ein Verzicht auf die Teilnahme an den Olympischen Spielen ist ein Opfer: für die Sportler, für den deutschen Sport, für die Millionen Anhänger der olympischen Idee in Deutschland. Aber dieses Opfer hat einen Sinn, es ist ein Opfer für Frieden und Freiheit.

Dr. Heiner Geißler, Generalsekretär der CDU: „Wenn die sowjetische Führung Friedens-tauben während der Moskauer Olympiade aufsteigen läßt und gleichzeitig ein wehrloses Land mit Waffengewalt besetzt hält, verhöhnt dies Sinn und Zielsetzung der Olympiade.“

CDU
/// sicher
sozial
und frei

UNION BETRIEBS GMBH
5300 BONN
ARGELANDERSTRASSE 173
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 8398 C
GEBÜHR BEZAHLT

ZITAT

Friedensspiele für den Kriegsgott?

So eindeutig der politische Charakter von Carters Zug ist, so fragwürdig ist die Vorstellung vom unpolitischen Wesen des internationalen Spitzensports und der Olympischen Spiele im besonderen: sie tielen den Weltkriegen zum Opfer, und in den ersten Nachkriegsolympiaden waren jeweils die Verlierer ausgeschlossen; ausgeschlossen wurden Staaten, weil sie politisch nicht ins Schema paßten; der Wettbewerb der Einzelkämpfer ist schon lange zum politischen Prestigekampf der Staaten degeneriert; und nicht zuletzt haben Olympische Spiele 1936 der Diktatur Hitlers Rückhalt nach innen und Respektabilität nach außen verschafft.

Der neue Akt der Politisierung infiltrierte also nichts in den olympischen Gedanken, was nicht bereits in seiner Praxis

vorhanden wäre. So oder so ist um die politische Option nicht herumzukommen.

Denn nicht nur wer nicht nach Moskau gehen will, handelt politisch. Auch wer geht, tut desgleichen: Er verhilft, ob er das nun ausdrücklich will oder nicht, einer aggressiven Macht, die nach trischer Tat mit blutigen Händen dasteht, zur internationalen Fassade von Festfreude, Versöhnung, Brüderlichkeit, Harmlosigkeit, von ungemindertem Ansehen und Unverwundbarkeit.

Mehr und mehr komme in der olympischen Idee der Gedanke des „Weltfriedensfestes“ zum Ausdruck, hat Willi Daume in einem Lexikonaufsatz geschrieben. „Weltfriedensfest“ in Moskau während oder unmittelbar nach einem Angriffskrieg der Sowjetunion, für den sie von einer erdrückenden Mehrheit in den Vereinten Nationen verurteilt wurde? Weltfriedensspiele für den Kriegsgott?

Neue Zürcher Zeitung, 23. Januar 1980

UID

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Heinz Winkler, 5300 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Tel. (0 22 21) 54 41. **Verlag:** Unions Betriebs GmbH, 5300 Bonn, Argelanderstraße 173, Tel. (0 22 21) 22 10 81. **Vertrieb:** Tel. (0 22 21) 5 44 - 3 04. **Verlagsleitung:** Peter Müllenbach, Dr. Uwe Lühje. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152, BLZ 380 500 00, Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502, BLZ 370 100 50. **Abonnementspreis** jährlich 40,- DM. **Einzelpreis** 1,- DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.